

KANDIDATENTAGUNG ZUM PARTEIPROGRAMM VOM 15. DEZEMBER 2018

Freiheit und Sicherheit

Im Rahmen der zweiten Schulungstagung für die Kantonsratskandidatinnen und Kantonsratskandidaten stand das neue Parteiprogramm 2019–2023 im Zentrum. Das Parteiprogramm ist das Wahlversprechen an die Zürcher Bevölkerung und gleichzeitig der Auftrag der SVP-Fraktion zur Umsetzung in der kommenden Legislatur.



Programmchef Christoph Mörgeli präsentierte den Kandidatinnen und Kandidaten das neue SVP-Parteiprogramm 2019–2023 «Freiheit und Sicherheit».

rs. Der Parteipräsident Konrad Langhart begrüßte die Kantonsratskandidatinnen und Kantonsratskandidaten und rief zu einem engagierten Wahlkampf auf. Wer die Zürcher SVP wählt, soll wissen, woran er ist. Die Zürcher SVP spricht Klartext und steuert einen verlässlichen Kurs. Die gewählten Vertreter der SVP auf allen Stufen setzen ihre Versprechen konsequent um. Genauso werden sie es in Zukunft halten und sich daran messen lassen.

Als speziellen Gast begrüßte der Parteipräsident Emanuel Waeber, den neuen Generalsekretär SVP Schweiz. Dieser

hob die Wichtigkeit der Zürcher Kantonsratswahlen für die SVP hervor, denn diese sind jeweils der Gradmesser für die Nationalratswahlen, die im Herbst 2019 stattfinden.

Freiheitsrechte bedroht

Alt Nationalrat Christoph Mörgeli präsentierte in seiner Funktion als Präsident der Programmkommission das neue Parteiprogramm 2019–2023. Es steht unter dem Motto «Freiheit und Sicherheit». Seit über hundert Jahren kämpft die Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich – die Partei des

Mittelstandes – für die Freiheit und Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger. Genau darin liegt auch der Auftrag unseres Staatswesens. Wir erwarten von unserem Rechtsstaat, dass er uns gegen innen und aussen Sicherheit gibt, damit wir unsere Freiheit nutzen können. Doch der Staat kümmert sich heute um alles Mögliche, aber viel zu wenig um seine Kernaufgabe: die Erhaltung der freiheitlichen Rechte des Volkes und den Schutz der Menschen vor Verbrechen und Verbrechen.

Zu unserer Freiheit gehört die persönliche Mitbestimmung auf den Ebenen Gemeinde, Kanton und Bund. Doch genau dieses zentrale Freiheitsrecht, dieser weltweite Sonderfall ist heute massiv bedroht – von innen noch mehr als von aussen. Die direkte Demokratie soll abgeschafft werden. Unser Stimmrecht soll nichts mehr gelten. Eine Mehrheit von Bundesrat, Parlament und Bundesgericht will das Bürgerrecht der direktdemokratischen Abstimmung ausser Kraft setzen. Sie haben das Zauberwort des «internationalen Rechts» gefunden, um den Willen des Volkes auszuschalten und für null und nichtig zu erklären.

Der zunehmende Zentralismus führt dazu, dass für die Gemeinden immer mehr Ausgaben gebunden sind und ihnen von oben fast jede Gestaltungsmöglichkeit und damit faktisch die Gemeindeautonomie genommen wird.

Mit bewährten und neuen Mitteln zum Erfolg

Was die Kandidatinnen und Kandidaten im Kantonsrat erwartet, führte der Vize-Fraktionspräsident Tumasch Mischol aus. Die Teilnehmer erhielten einen Einblick in die Arbeit der Fraktion und die Funktionsweise des Zürcher Kantonsrates.

Nationalrat Alfred Heer, Präsident der Wahlkommission, und Kantonsrat Roland Scheck, Parteisekretär der SVP des Kantons Zürich, berichteten über die Ergebnisse aus der Wahlkommission und die Themen, Werbemittel und Massnahmen, mit welchen die SVP den Wahlkampf bestreitet.

Neben den klassischen Werbemitteln wird die SVP bei den kommenden Wahlen den elektronischen Wahlkampf forcieren. Zur Mobilisierung der Wählerbasis führt die SVP des Kantons Zürich erstmals auch eine Telefonaktion durch.

Der Parteipräsident, Konrad Langhart wünschte zum Abschluss der Tagung allen Kandidatinnen und Kandidaten viel Glück und Erfolg, aber auch viel Kraft und Durchhaltewillen im Wahlkampf.

SVP BEZIRK DIETIKON

Sessions-Apéro mit Hans Egloff in Birmensdorf

Der Sessions-Apéro im Alterszentrum am Bach mit Nationalrat Hans Egloff war bestens besucht. Die Begrüssung der Teilnehmer machte der Sektionspräsident Stefan Gut und übergab das Wort an den Bezirkspräsidenten Markus Binder.

Der Präsident nutzte die Gunst der Stunde, um über die Kantons- und Regierungsrats-Wahlkampf-Aktionen des SVP-Bezirks Dietikon zu informieren. So wurde die Terminliste mit den geplanten Aktionen zusammen mit Regierungsratskandidatin Natalie Rickli und -kandidat Ernst Stocker vorgestellt.

Die zahlreichen Mitglieder und Sympathisanten lauschten aufmerksam Nationalrat Hans Egloff, was er aktuell aus dem Nationalrat zu berichten hatte.



LESERBRIEF

Undifferenzierte Kritik der SP-Regierungsrätin

SP-Regierungsrätin Jacqueline Fehr hat in einem Interview die Zürcher Seegemeinden stark angegriffen. Unter anderem sagte sie: «Es gibt nichts, was die Seegemeinden besser machen als andere.»

Als in Thalwil geborener «Seebueb» bin ich schon sehr verwundert darüber, dass Frau Regierungsrätin Fehr so wenig Feingefühl, Geografie-Kenntnisse und schlussendlich auch Anerkennung der Leistungen in den beiden Bezirken Horgen und Meilen hat.

Es ist so ziemlich alles falsch an ihren kritischen Aussagen und sie vergisst auch, dass sie grundsätzlich den Kanton Zürich zu vertreten hat und nicht nur einzelne Regionen, Bezirke oder Städte.

Nein, die Stadt Adliswil, Wohnort von zwei bestehenden Regierungsräten, hat keinen Seeanstoss und kann somit nicht wirklich zur Zürichsee-Region gezählt werden. Aber natürlich zum – auch ohne Zürichsee – lebenswerten Sihltal und zum Bezirk Horgen.

Auch das beschauliche «Ballenberg» vom Kanton Zürich sind die beiden erwähnten Bezirke sicher nicht, und ja, auch diese hatten in den letzten Jahren ein massives Bevölkerungswachstum durch Einwanderung zu verkraften. Es wird «enger», die Wohnungen knapper und diese wurden laufend teurer im Durchschnitt. Aber zum Glück ändert sich nicht alles und die Lebensqualität ist im Allgemeinen hoch, und die Steuern insgesamt eher tiefer als im Schnitt im Kanton Zürich.

Die Bevölkerung im Bezirk Horgen will in der Regel nicht, dass nur noch

Grossbauten und Hochhäuser entstehen, welche das Erscheinungsbild verändern würden, wie in einigen Quartieren in der Stadt Zürich oder auch in anderen Gemeinden und Städten. Ich denke aber auch nicht, dass die teilweise massiven Veränderungen in anderen Regionen allenfalls zu kritisieren, die Aufgabe von Vertretern von unserem Bezirk wäre.

Und nein, nicht die Gemeinden, welche sehr viele Millionen jedes Jahr in den Finanzausgleich bezahlen, müssen in erster Linie demütig sein, sondern es ist genau umgekehrt, die Gemeinden und Städte, welche davon profitieren, können sehr froh sein, dass es diesen Finanzausgleich gibt. Das u.a. die links-grüne Stadt Winterthur bzw. dessen Regierungsrätin dies anders sieht, ist nicht verwunderlich. Dagegen kann in Zukunft, mit der ebenfalls aus Winterthur stammenden Regierungsratskandidatin der SVP, Natalie Rickli, Gegensteuer gegeben werden. Ganz allgemein gilt halt auch für eine SP-Regierungsrätin: «Man beisst nicht die Hand, die einen füttert» bzw. mitfinanziert mittels Finanzausgleiches.

Im März 2019 sind Kantons- und Regierungsratswahlen im Kanton Zürich und ich hoffe sehr, dass die Stimbevölkerung in den Bezirken Meilen und Horgen daran denkt, dass die Linksaussen Regierungsrätin der SP so weit weg ist vom Leben in unseren Bezirken, wie sie politisch weg ist von meiner Partei.

Marcel Suter, Kantonsrat, Präsident SVP Bezirk Horgen, Thalwil

BUDGETDEBATTE IN ILLNAU-EFFRETIKON

Die SVP als einzige bürgerliche Partei

In Illnau-Effretikon setzt das Gemeindepaparat das Budget fest. Die finanzielle Belastung für die Bevölkerung durch höhere Gebühren und Abgaben steigt stetig und der Mittelstand ächzt unter den immer höheren Belastungen. Obwohl die Stadt «im Geld schwimmt», haben die sogenannten «Mitte-Parteien», wie im vergangenen Jahr, wieder mit der «Linken» gegen eine Steuerfussenkung gestimmt. Enttäuschend war auch dieses Jahr wieder, dass sich unser «bürgerlicher Partner», die FDP/BDP-Fraktion einmal mehr «nicht festlegen» konnte und damit eine tiefere Steuerbelastung für Gewerbe und Einwohnerinnen und Einwohner verhinderte.



René Truninger
Kantonsrat SVP
Fraktionschef Gemeinderat
Illnau-Effretikon

zent-Szenario gerechnet (was ganz bestimmt nicht eintreffen wird...). Und trotz unrealistischem 100-Prozent-Szenario plant die Stadtregierung immer noch mit einer jährlichen Rücklage (Überschuss) von 2 Millionen Franken!

Fakten und warum eine Steuerfussenkung gut verkraftbar gewesen wäre:

- Die Rechnungsprüfungskommission ist parteiübergreifend der einstimmigen Meinung, dass es im Budget 2019 von mittlerweile 110 Millionen Franken noch genügend «Spielraum» hat.
- Bei einem Gesamtbudget von 110 Millionen Franken erhält die Stadt Illnau-Effretikon 22,4 Millionen Franken aus dem kantonalen Finanzausgleich, das sind 4,1 Millionen mehr als im Rechnungsjahr 2018.
- Viele der umliegende Gemeinden haben einen tieferen Steuerfuss. Vor Kurzem hat z. B. die Nachbargemeinde Lindau ihren Steuerfuss auf 110 Prozent gesenkt und sich damit dem kantonalen Mittel von 107 Prozent angenähert.
- Von den budgetierten Investitionen wurden im Durchschnitt der letzten Jahre nur ca. 70 Prozent umgesetzt. Im neuen IAFP (Integrierter Aufgaben- und Finanzplan) der Stadt Illnau-Effretikon wird bei den Investitionen ab 2021 mit einem 100-Pro-

Und wie reagierte das Parlament von Illnau-Effretikon auf dieses «Schönwetter-Budget»?

FDP schickt Steuerfussenkung bachab

Die «Linke» verweigerte sich wie üblich der Realität, die sogenannte «Mitte» war inexistent und schlüpfte bei den «Linken» unter den Rock, und die FDP marginalisiert sich, wie schon letztes Jahr, selber, indem die halbe Fraktion für, und die andere Hälfte gegen eine Steuerfussenkung stimmte!

Quintessenz:

Nur die SVP-Fraktion hat sich geschlossen für eine Steuerfussenkung von 3 Prozent auf einen problemlos tragbaren Steuerfuss von 110 Prozent eingesetzt. Da die FDP die «bürgerliche Allianz» neutralisierte und die SVP einmal mehr im Regen stehen liess, verbleibt in Illnau-Effretikon die SVP als einzige Partei, welche sich konsequent für eine bürgerliche-liberale Politik und damit für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler einsetzt.